106. 1. Sind wissentlich unwahre Versicherungen des Geschäftsführers einer Gesellschaft m. b. H. über die Stammeinlagen auch dann strafbar, wenn der auf sie gestützte Antrag, betreffend die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister, zurückgewiesen worden ist?

2. Erstreckt sich die Pflicht des Geschäftsführers zur wahrheitsgemäßen Versicherung über die Stammeinlagen auch auf den einzubringenden Grundbesitz?

Gesetz, betr. die Gesellschaften m. b. H., vom ^{20. April 1892} ~~20. Mai 1898~~ (R. G. Bl. 1898 S. 846) § 7 Abs. 2. § 8 Abs. 2. § 11. § 82 Abs. 1 Nr. 1.

V. Straffenat. Urf. v. 3. Juni 1910 g. R. V 398/10.

I. Landgericht Detmold.

Aus den Gründen:

1. Daraus, daß einerseits nach § 11 des Gesetzes, betreffend die Gesellschaften m. b. H., die Gesellschaft als solche vor der Eintragung in das Register nicht besteht, andererseits in den §§ 7. 8 den „Geschäftsführern der Gesellschaft“ die Pflicht auferlegt ist, die Gesellschaft zur Eintragung anzumelden und dabei die Versicherung über die Leistungen auf die Stammeinlagen abzugeben, geht mit Notwendigkeit hervor, daß die Pflicht zu jener Anmeldung und Versicherung den Personen, die schon vor der Entstehung der Gesellschaft zu deren Geschäftsführern bestellt sind, in der Zeit vor dem Bestehen der Gesellschaft obliegt. Es ergibt sich hieraus weiter, daß das im § 82 Abs. 1 Nr. 1 das. mit Strafe bedrohte Vergehen wahrheitswidriger Versicherung zum Zwecke der Herbeiführung der Eintragung nur vor dem Inslebentreten der Gesellschaft begangen werden kann. Das Vergehen ist im Augenblicke der Abgabe der unwahren Versicherung, schon vor dem Bestehen der Gesellschaft vollendet (vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 37 S. 25, 27). Belanglos ist, ob nachher die Eintragung der Gesellschaft wirklich erfolgt. Denn die Strafbarkeit des Vergehens ist nach dem Wortlaute des Gesetzes davon, daß die Eintragung erfolgt, nicht abhängig gemacht. Aber auch Sinn und Zweck der Strafandrohung erfordern eine solche Voraussetzung nicht. Die Strafandrohung wendet sich gegen Geschäftsführer, die es unternehmen, durch falsche Versicherungen den Registerrichter über das Vorhandensein der Voraussetzungen zur Eintragung zu täuschen. Dem Zwecke, von solchem Unternehmen abzuhalten, würde es zuwiderlaufen, wenn die Strafbarkeit an die Bedingung des Gelingens geknüpft wäre, im Falle alsbaldiger Entdeckung vor der Eintragung aber entfiel. Die Eintragung der Gesellschaft gehört also nicht zu den Tatbestandsvoraussetzungen des Vergehens nach § 82 Abs. 1 Nr. 1 des Gef.

2. . . . Die Beanstandung der Annahme, daß die Pflicht zur wahrheitsgemäßen Versicherung über die Einzahlungen auf die Stammeinlagen sich auch auf einzubringenden Grundbesitz erstreckt, ist verfehlt. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, von der im gegenwärtigen Falle abzuweichen kein Anlaß ist, versteht das Gesetz in § 82 Abs. 1 Nr. 1 unter „Einzahlungen auf die Stammeinlagen“ nicht nur Leistungen in barem Gelde, sondern auch Sacheinlagen (Entsch. in

Straff. Bd. 38 S. 128).¹ Zwischen den einzelnen Arten der Sacheinlagen aber zu unterscheiden und Grundstücke anders zu behandeln als sonstige Sacheinlagen, wäre durch nichts gerechtfertigt. Die Möglichkeit insbesondere, die Rechtsverhältnisse der Grundstücke durch Einfordern urkundlicher Nachweise klarzustellen, kann einen Unterschied nicht begründen. Denn auch über die Bareinzahlungen würden urkundliche Nachweise ohne Schwierigkeit zu beschaffen sein und eine Verpflichtung, urkundliche Nachweise einzufordern, legt das Gesetz dem Registerrichter weder hinsichtlich der Bareinzahlungen noch hinsichtlich der Sacheinlagen auf — mögen die letzteren Grundstücke oder bewegliche Sachen sein.